Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1300. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 1309 mit Postbestellgebühr.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od deren Raum i. Bezirk 120.- ℳ außerhalb desselben 130.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 300 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 49. | Neuenbürg, Mittwoch, den 28. Februar 1923. | 81. Jahrgang.

Durchhalten ist das Gebot der Stunde.

Nach Meldung aus Paris fängt man in der franz. Kammer an, mit der Ruhraktion unzufrieden zu werden. Der „Figaro" klagt über die Riesenkosten, die sie verschlinge; denn zu den gewaltigen Ausgaben für die Besatzung müsse man den Verlust hinzurechnen, der durch das Aufhören der deutschen Sachlieferungen und die dadurch verursachte Schädigung der französischen Industrie herbeigeführt werde. Dabei häufen sich die von Frankreich an England und an die Vereinigten Staaten von Amerika geschuldeten Zinsenbeträge immer mehr an und in England macht sich eine gewisse Unruhe bemerkbar wegen drohender Verluste für den englischen Geldbeutel. So schreibt der frühere englische Premierminister Lloyd George in seinem letzten Artikel im „Daily Chronicle": „Poincare erkläre kategorisch, Frankreich habe nicht die Absicht, seine Schulden zu zahlen, so lange es nicht seinen Reparationsanteil von Deutschland erhalten habe. Das bedeutet, daß Frankreich überhaupt nicht die Absicht habe, seine Schulden zu zahlen. England müsse daher mit auf einer Regelung mit denjenigen bestehen, in deren Interesse es die Schulden auf sich genommen habe, d. h. der Franzosen."

Zu den finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs werden bald Schwierigkeiten in Heeresangelegenheiten gesellen: der Tag rückt nämlich heran, an dem ein Teil der Jahresklasse 1921 entlassen werden müßte. Nun ist aber, wie der „Figaro" ausführt, bei den augenblicklichen Zuständen in den alt- und neubesetzten Gebieten diese Entlassung undenkbar. Das wird die Desertionen vermehren, die schon jetzt zahlreich vorkommen. Erst in einer der vergangenen Wochen sind in Speyer wieder 11 Deserteure gefesselt durch die Stadt abgeführt worden.

Auf die Tapferkeit der glorreichen französischen Armee im unbesetzten Gebiet wirft ein grelles Licht der folgende Vorfall: In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag machte sich ein Junge in Speyer den Scherz, einen „Frosch" genannten harmlosen Feuerwerkskörper dem vor dem französischen Hauptquartier stehenden Militärposten vor die Füße zu werfen. Die Zündschnur knisterte leise, ohne daß eine Explosion erfolgte. Das Knistern aber genügte, daß der Posten, von Panik ergriffen, sein Gewehr zu Boden fallen ließ und in das Gebäude flüchtete.

Am nächsten Morgen brachte die Zeitung einen von der franz. Besatzungsbehörde verfaßten Bericht über ein Funkenattentat auf das französische Hauptquartier!

Das sind die Helden, die von uns knechtische Unterwerfung fordern.

Zeigen wir diesen Memmen gegenüber, daß wir Männer sind!

Und geben wir endlich die Hoffnung auf, daß die Arbeiterschaft der feindlichen Länder unseren Arbeitern helfen wird.

Der österreichische Sozialist Friedrich Adler selbst schreibt in einem „Die Schwäche der Internationale" überschriebenen Aufsatze im Wiener Hauptblatte der Marxisten, daß weder von den englischen, noch den italienischen, noch den französischen Arbeitern Hilfe für die Deutschen zu erwarten sei gegen den französischen Militarismus und Imperialismus.

Wir müssen uns allein helfen.

Zum Schlusse noch ein Stückchen Ruhrländer Humors. Die „Allg. Deutsche Ztg." bringt folgende kleine Erzählung: „In der Nähe der Zeche Dahlbusch steht ein französischer Posten. Da ihm in ungeheizten Räumen zu kalt ist, besorgen sich zwei Franzmänner Schiebkarren und holen vom Zechenplatz Kohlen. Ein altes Mütterchen sieht dies und sagt in unverfälschtem Essener Platt: „Jungs, Jungs, do hefft ower en schwor Stücksken bereit, wenn Ihr die Reparationskohlen met de Schuiskar no Frankrich fahren wollt!"

Deutschland.

Berlin, 27. Febr. Das politische Grüppchen, das im Reichstag durch die Herren Ledebour und Wegmann repräsentiert wird, beruft, wie wir in der „Roten Fahne" lesen, auf den 11. März einen richtigen Parteitag nach Berlin ein. Theodor Liebknecht wird den Rechenschaftsbericht geben, Herr Ledebour über die politische Lage berichten.

Raub deutscher Forsten.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Note veröffentlicht, worin der Bevölkerung mitgeteilt wird, daß die Alliierten die Wälder der besetzten Gebiete selber ausholzen werden, ohne sich um das Forstprogramm zu kümmern.

Ist das möglich?

In Witten an der Ruhr hatte der Oberprimaner Weber ein französisches Plakat abgerissen, war dabei gefaßt und vom französischen Kriegsgericht zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden. Als er nachher wieder in das Gymnasium kam, erteilte ihm sein Klassenlehrer Studienrat Professor Künisch eine scharfe Rüge, schrieb einen Tadel ins Klassenbuch und erklärte den Oberprimaner Weber als „moralisch unreif" für die bevorstehende Abgangsprüfung. Vielleicht empfiehlt es sich, wenn der preußische Kultusminister Dr. Boelitz diesen Studienrat einmal zum Studium von Fichtes Reden an die deutsche Nation veranlaßt. (Südd. Ztg.)

Die Stimmung unter den Besatzungstruppen.

Berlin, 26. Febr. Die „Neue Berliner Zeitung" meldet aus Hagen i. W.: Die Meldungen über Meutereien innerhalb der französischen Ruhrarmee beruhen auf Tatsachen. Mehrere Regimenter mußten schon ausgewechselt werden, da ihre Zuverlässigkeit zu wünschen übrig ließ. Aus zuverlässiger Quelle wird weiter berichtet, daß in diesen Tagen in Duisburg mehrere französische Soldaten wegen Gehorsamsverweigerung und Auflehnung vor dem Feind vom Feldgericht zum Tode verurteilt wurden. Da vom Oberkommandierenden die Begnadigung abgelehnt wurde, ist das Urteil zur Nachtzeit vollstreckt worden.

Deutscher Protest gegen die französischen Gewalttätigkeiten.

Berlin, 26. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung eine Note mit Anlagen zu überreichen, in der die deutsche Regierung feststellt, daß die sich täglich häufenden Gewalttätigkeiten der französischen Truppen an der Ruhr deutlich zeigen, daß sie der Absicht der militärischen Befehlshaber, die Bevölkerung systematisch zu terrorisieren, entsprängen. Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Wegnahme von Privateigentum, Ausweisung und Verhaftung von Beamten, Strafmaßnahmen gegen ganze Städte, sowie der Mißhandlung und Tötung von Privatpersonen seien so zahlreich, daß es der deutschen Regierung nicht mehr möglich sei, jeden einzelnen Fall zu behandeln. Sie müsse sich deshalb darauf beschränken, Einzelfälle herauszugreifen. Nach der bisherigen Behandlung der deutsche Proteste rechne die deutsche Regierung nicht darauf, daß ihr heutiger die französische Regierung zu einem Einschreiten gegen die Gewalttätigkeiten der Truppen veranlassen werde. Die deutsche Regierung halte es jedoch für ihre Pflicht, dadurch die Verantwortlichkeit für das Vorgehen der französischen Truppen festzustellen. — In der umfangreichen Anlage, welche die deutsche Regierung ihrer Protestnote beigefügt hat, werden die Gewalttaten der französischen Truppen in Oberhausen, Bochum, in Recklinghausen, sowie auf dem Bahnhof von Wanne und weitere Fälle von Mißhandlungen, Verhaftungen und Ausweisungen zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht.

Deutsche Maßnahmen gegen die Zollsperre.

Berlin, 27. Febr. Von den deutschen Gegenmaßnahmen gegen die Zollsperre weiß ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts" zu berichten. Kreditgewährung und Lohnsicherung sind die hauptsächlichsten deutschen Gegenmaßnahmen wirtschaftlicher Art. Daneben aber sind sehr umfangreiche politische Maßregeln ergriffen worden, denn bei der Einführung des Lizenzsystems in der Zollkontrolle, insbesondere im Rheinland kommt es den Franzosen selbstverständlich nicht auf den Gewinn der zehnprozentigen Ausfuhrabgabe für die deutschen Waren an, sondern auf die wirtschaftliche Durchdringung des Rheinlandes, d. h. auf die Beeinflussung der deutschen Firmen und die Macht über sie und ihre Geschäftsverbindungen. Das geht nicht nur aus der neuerdings erhobenen Forderung nach Nennung des Warenempfängers hervor, sondern auch daraus, daß bei dem Ausfuhramt in Ems Listen von großen deutschen Firmen vorhanden sind, die entweder bevorzugt oder in besonderer Weise schikaniert werden sollen. Von der Erlaubnis zur Ausfuhr ist von den deutschen Firmen bisher noch keinerlei Gebrauch gemacht worden. Die Sperre ist bisher überhaupt nicht effektiv geworden. Auch die Zollkontrolle ist vorläufig noch nicht geregelt. Immerhin hat die Zollsperre einigermaßen zu wirken begonnen und es sind hier und da Absatzschwierigkeiten eingetreten. Ueber die Art der gegen alle diese Machenschaften ergriffenen Maßnahmen kann natürlich der Oeffentlichkeit nichts gesagt werden.

Von der Goldanleihe.

Berlin, 27. Febr. Nach einer Mitteilung des „Börsenkurier" laufen die Schatzanweisungen von 1923 bis 1926 und werden zum jeweiligen Dollarkurs eingezogen, und zwar 1926 einschließlich der Zinsen zu etwa 118 bis 120 Prozent. Mit den Haupteinzahlungen wird vor Anfang oder Mitte April nicht zu rechnen sein. — Wie das Blatt weiter erfährt, ist die Unterbringung eines Teils der Anleihescheine auf dem schweizerischen und dem holländischen Geldmarkt gesichert. Nach dem Blatt soll beabsichtigt sein, eine Reichsanleihe-Aktiengesellschaft zu gründen, deren Aktionäre sämtliche Banken sind, die sich zur Uebernahme der Anleihe bereit erklärt haben. Bisher hätten die Banken die Verpflichtung übernommen, für 25 Millionen Dollar, also für die Hälfte des Anleihebetrags, Anleihe zu übernehmen. Durch das Kapital, den Handel und die Industrie würden also noch 25 Millionen Dollar zu zeichnen sein.

Ausland.

Französische Bestätigung der Verwendung Farbiger im Ruhrgebiet.

Paris, 26. Febr. Havas widerspricht der englischen Nachricht, derzufolge schwarze Truppen als Verstärkung nach dem Ruhrgebiet geschickt worden seien. Der Effektivbestand der französischen Truppen sei immer der gleiche. Fünf Divisionen seien seit Beginn der Aktion im Ruhrgebiet. Jüngst sei eine dieser Divisionen durch eine andere ersetzt worden. In dieser Division habe sich ein Regiment befunden, das 200 Soldaten aus Martinique, also Kreolen, enthalten habe. Die Bewohner von Martinique seien heute, wie sie es gestern gewesen seien, französische Bürger. Im übrigen sei dieses Regiment nur 48 Stunden im Ruhrgebiet verblieben.

Die Franzosen bestätigen also, daß farbige Truppen im Ruhrgebiet verwendet würden. Die Angabe, daß die aus farbigen französischen Bürgern bestehenden Truppen nach 48 Stunden wieder zurückgezogen worden seien, bekundet das schlechte Gewissen der französischen Regierung.

Kohlenmangel bei der französischen Industrie.

Paris, 26. Febr. Aus einem Rundschreiben des Comitee des Forges geht hervor, daß die französische Industrie infolge der Ruhrbesetzung bereits empfindlich an Kohlenmangel leidet. In dem Rundschreiben heißt es weiter, daß die Fabriken aus Koksmangel die Fabrikation verlangsamen müßten und daß sie sich, wenn nicht bald eine Aenderung eintrete, zum Feiern veranlaßt sehen würden. Infolgedessen müßte die Formel „höhere Gewalt" bei den Lieferungen immer mehr Platz greifen. Jede Verantwortung seitens der Fabriken würde abgelehnt.

„Eine widerliche Maßnahme".

London, 26. Febr. „Daily Chronicle" schreibt, die Erregung im Ruhrgebiet steige. Die Franzosen schienen zu wollen, daß sie steige. Wie könne man die Tatsache, daß sie schwarze Truppen ins Ruhrgebiet schickten, anders erklären oder wie anders derartige Abscheulichkeiten wie die aus Bochum berichteten? Das sei nicht die Politik einer Behörde, die bestrebt sei, die Stimmung zu beruhigen, sondern die darauf ausgehe, sie herauszufordern. Die Verwendung schwarzer Truppen sei eine widerliche Maßnahme, die jede zivilisierte öffentliche Meinung verurteilen müsse. „Daily Chronicle" fragt, ob Bonar Laws wohlwollende Neutralität, die England verpflichte, Frankreich am Rhein gewähren zu lassen, so weit gehe, daß Grausamkeiten dieser Art Vorschub geleistet werden müsse.

Englisches Kompromißbemühen in der Eisenbahnfrage.

London, 26. Febr. Der Kölner Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt zu der Frage der Besetzung der Zwischenräume zwischen den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln durch die Franzosen, durch diese Besetzung werde eine Front von 30 Kilometern östlich des Rheins geschaffen. Die Folge dieser Besetzung würde sein, daß das britische Gebiet isolierter werde als je. Der britische Brückenkopf in Köln werde vom nichtbesetzten Deutschland durch die französischen Truppen und Zollbeamten abgeschnitten. — Der Sonderberichterstatter meldet außerdem, die Verhandlungen zwischen den britischen und französischen Militärbehörden bezüglich der französischen Benutzung der Eisenbahnen im Kölner Gebiet schienen zu keinem endgültigen Abschluß gekommen zu sein. Die Franzosen kämen immer wieder auf die Notwendigkeit einer ziemlich allgemeinen Besetzung der Eisenbahnen in der britischen Zone zurück. Britischerseits würden die Verhandlungen etwas behindert durch das Fehlen einer bestimmten Politik in London und daher genauer Instruktionen. Die hartnäckige Haltung der Franzosen verursache große Ueberraschung. Man frage sich, weshalb sie dauernd auf weitere Eisenbahnerleichterungen dringen, da sie doch den Zentralbahnhof in Düsseldorf seit fast einem Monat geschlossen haben. Dadurch unterbrachen sie einen der wichtigsten Verbindungswege im Ruhrgebiet. Außerdem frage man sich, weshalb die Franzosen kaum irgend eine Anstrengung machten, um den Transport auf den Flüssen und Kanälen zu organisieren. Die Franzosen zögen es vor, die Engländer wegen der Benutzung der Eisenbahn in der britischen Zone zu belästigen, da sie sehr wohl wußten, daß, wenn die Engländer ihren Forderungen nachgeben, die Stellung Englands am Rhein unmöglich werde. Dem Berichterstatter zufolge herrscht jetzt die Ansicht vor, daß die Franzosen in Wirklichkeit wünschten, daß die Engländer sich aus dem Kölner Gebiet zurückzögen.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" meldet, er habe Grund zu der Annahme, daß die Verschiebung der britischen Truppen nach einer weiter stromaufwärts am Rhein gelegenen Stellung ein Gedanke sei, der in besonders maßgebenden Kreisen viel Anklang finde. Durch die Entfernung der britischen Truppen aus Köln würde England nicht nur aufhören, die Franzosen zu behindern, sondern die britischen Truppen würden auch weniger als bisher Gefahr laufen, in einen Konflikt verwickelt zu werden. Der Berichterstatter teilt ferner mit, er habe in dieser Frage sowohl in britischen als auch in französischen Kreisen Nachforschungen angestellt, und habe genügend Ursache zu der Annahme, daß diese Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten für besser angesehen werde als eine Lösung, wie sie herbeigeführt würde durch die Gewährung einer beschränkten französischen Benützung der Haupteisenbahnen, die England augenblicklich kontrolliere.

Daß der in „Westminster Gazette" erörterte Plan nur eine Verschleierung eines britischen Neutralitätsbruchs darstellen würde, ist klar. Es scheint aber tatsächlich in London Neigung zu bestehen, auf dieses faule Kompromiß einzugehen und vor dem französischen Druck abermals den Rückzug anzutreten.

Die New-Yorker Kundgebung gegen den Ruhreinbruch.

Die großen New-Yorker Versammlung im Madison-Garden zum Einspruch gegen die Ruhrbesetzung umfaßte nicht weniger als 15 000 Personen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Febr. Ein guter Schulsack ist mehr wert als eine volle Geldtasche. Diesem Grundsatz haben schon die Alten gehuldigt, und die heutige Generation sollte sich ihn ebenfalls zu eigen machen. Wer in der Schule etwas gelernt hat, dem kommen diese unschätzbaren Vorteile immer wieder zu gut, wenn er einmal ins Leben hinaustritt. Kein Beruf, kein Stand kann gründliche Schulkenntnisse heute entbehren, ohne Nachteil zu haben. Dies gilt auch für die Landwirtschaft, die heute ebensowenig auf theoretische wie praktische Kenntnisse verzichten kann, ohne finanziellen Schaden davon zu tragen. Man braucht durchaus kein studierter Bauer zu sein, aber was heute auf den landwirtschaftlichen Winterschulen gelernt wird, das kommt den Landwirtssöhnen, wenn sie einmal ihre eigene Scholle bebauen, vielseitig zugut. Darum ergeht auch an dieser Stelle unter Bezugnahme auf das gestrige Inserat der Ruf an die Eltern und Vormünder der jungen Landwirte: Schickt eure Söhne und die Eurer Obhut anvertrauten jungen Landwirte auf die landwirtschaftliche Winterschule in Calw, damit sie ihre bisherigen Kenntnisse durch theoretischen und praktischen Unterricht weiter bereichern. Die aufgewendeten Kosten und die Zeit werden sich mehr denn bezahlt machen.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Febr. (Entschädigung für Pferdeverluste.) In der Verfügung des Ministeriums des Innern über den Höchstbetrag der Entschädigung für Pferdeverluste infolge von Kopfkrankheit oder ansteckender Blutarmut vom 29. März 1922 wird die Zahl 20 000 mit Wirkung vom 1. Februar ab durch die Zahl 350 000, mit Wirkung vom 1. März ab durch die Zahl 500 000 ersetzt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 27. Febr. (Erhöhung der Abonnementspreise der Straßenbahn.) Um den täglichen Mehraufwand von rund 7 Millionen Mark zu decken, hat die Direktion der Straßenbahn die Abonnementspreise für Monatskarten auf 10—28 000 Mark erhöht. Die Verwaltung behält sich für den Fall einer weiteren Steigerung der Betriebskosten die Erhöhung einer Nachzahlung vor.

Cannstatt, 27. Febr. (Zur Auflösung des Oberamts Cannstatt.) Die Cannstatter Zeitung nimmt zur Auflösung des Oberamts Cannstatt Stellung und bemerkt: Zu halten ist der Bezirk Cannstatt nach dem übereilten Ausscheiden der Gemeinden Obertürkheim und Hedelfingen nicht mehr, und so bleibt heute als annehmbarste Lösung nur, den Bezirk Cannstatt in seiner Gesamtheit, abgesehen von der Gemeinde Schanbach, die Eßlingen zuzuweisen wäre, dem Amtsoberamt Stuttgart zuzuteilen. Gleichzeitig müßte allerdings ein Versäumnis nachgeholt werden. Die Stadt Stuttgart müßte gezwungen werden, als Ausgleich für den ihr durch Obertürkheim zugefallenen Gewinn, der Einverleibung des gesamten Zuckerfabrikgeländes in die Markung Münster zuzustimmen, damit die dem Amtsoberamt Stuttgart durch die Uebernahme der Gemeinden des Bezirks Cannstatt entstehenden Lasten etwas vermindert werden. Das Amtsoberamt Stuttgart ist ebenso berechtigt, Bedingungen zu stellen, wie dies die Stadt Stuttgart getan hat.

Hohenberg OA. Ellwangen, 27. Febr. (Schnöder Undank.) Kürzlich weilte ein 18 Jahre altes Mädchen aus Stuttgart, das während des Kriegs als sogen. Stadtkind in der Bierbrauerei Feilt gute Aufnahme und Verpflegung gefunden hatte, wieder bei seinen ehemaligen Quartierleuten auf Besuch. Das kecke und freche Wesen des unbescheidenen Gastes erregte allgemeines Aufsehen. Kaum war jedoch der Besuch wieder abgereist, so vermißte man eine goldene Damenhalskette mit Anhänger. Der Verdacht lenkte sich sofort auf das Mädchen, in dessen Wohnung eine unvermutete Haussuchung vorgenommen wurde. In einem Strumpfe verborgen fand man ein goldenes Armband und schließlich auch noch den goldenen Anhänger nebst Halskette.

Ehingen, 27. Febr. (Tödlicher Unglücksfall.) Der Bauer Klink von hier wollte zum erstenmal seinen Schleifstein, der elektrischen Antrieb hat, benützen. Plötzlich zerbrach der Schleifstein in mehrere Stücke und ein Stück traf Klink so unglücklich an den Kopf, daß er sofort tot umsank. Ein Sohn Klinks, der neben seinem Vater stand, wurde ebenfalls von einem Steinstück am Fuß schwer verwundet. Der Verstorbene, der den Krieg von Anfang bis Ende mitgemacht hatte, hinterläßt eine Witwe mit 3 Kindern.

Rottweil, 26. Febr. (Millionen-Diebstähle.) Wegen in die Millionen gehenden Warendiebstähle, die in einer hiesigen Eisenhandlung verübt wurden, sind von der Strafkammer sieben Personen wegen Diebstahls, Hehlerei und Anstiftung zum Diebstahl zu Gefängnisstrafen von 3 bis 18 Monaten verurteilt worden, ein hiesiger Geschäftsmann wegen Hehlerei zu 50 000 Mark Geldstrafe. Drei der Hehlerei Angeklagte von hier und aus der Nachbarschaft wurden freigesprochen. Der Hauptbeschuldigte war ein junger Kaufmann, Breymayer aus Kappel in Baden, der in dem bestohlenen Hause angestellt war.

Ulm, 26. Febr. (Angeschossen.) Der verwitwete Händler Josef Raidl von hier wollte in der Nacht vom 30. auf 31. Dezember 1922 nach 12 Uhr Einlaß im Bahnhofhotel Neu-Ulm, um dort zu übernachten. Der Besitzer öffnete die Türe, erkannte den Angeklagten und gab ihm zu verstehen, daß er nicht übernachten könne; denn er wußte wohl, daß Raidl nur aus dem Grunde Einlaß wollte, weil seine Geliebte dort nächtigte. Kurzerhand zog Raidl einen Revolver und schoß aus nächster Nähe dem Besitzer eine Kugel in den Kopf. An der Verletzung hat der Angeschossene heute noch zu leiden. Der Angeklagte wollte sich vor dem Volksgericht in Memmingen auf große Trunkenheit hinausreden. Wegen versuchten Totschlags wurde Josef Raidl zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

An die Leser der württembergischen Zeitungen.

Während durch eine gewisse Befestigung des Markwertes eine verbilligte, wenigstens aber sich gleichbleibende Preisbildung der vom Valutastande abhängigen Erzeugnisse zu gelingen scheint, muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Vermehrung aller Unkosten, die mit der Herstellung einer Zeitung zusammenhängen, in einem Maße fortschreitet, daß weitere Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht vermieden werden können. Das Druckpapier, das im Januar 560 Mark kostete, stieg am 1. Februar auf 1170 Mark für jedes Kilo. Auf diesen Satz waren die Februarpreise bei den Zeitungen eingestellt. Aber schon am 15. Februar erfolgte beim Papier eine weitere Preissteigerung um 270, also auf 1440 Mark, und ab 1. März stehen wiederum erheblich höhere Papierpreise bevor. Auch die Löhne und Gehälter erfuhren bereits in der zweiten Februarhälfte Aufschläge, wie sie in gleichen Zahlen noch nie wirksam wurden. Andere Verteuerungserscheinungen, z. B. bei Kraft- und Lichtverbrauch, Fernsprechgebühren und Portosätze, Frachten und Versandunkosten, insbesondere bei den Kohlen, kamen keineswegs zum Stillstand. Die Zeitungsverlage sind in der unglücklichen Lage, in bevorzugtem Maße gerade auf alles angewiesen zu sein, was am teuersten geworden ist, wozu an erster Stelle auch das Holz zu zählen ist.

Angesichts dieses verzweiflungsvollen Zustandes werden die Zeitungsleser Württembergs es verstehen und würdigen, wenn den Zeitungsverlegern keine andere Wahl bleibt, als durch neue Preisfestsetzungen Deckung für die bereits entstandenen und hinzukommenden großen Neulasten zu suchen. Die veränderten Bezugs- und Anzeigenpreise wurden unter Anwendung weitgehendster Mäßigung aufgestellt; es sind die geringsten Sätze, die zur Erhaltung der Lebensmöglichkeit unserer heimatlichen Presse als notwendig erkannt werden mußten.

Stuttgart, 27. Februar 1923.

Verein Württ. Zeitungsverleger.

Den niedrigsten Bezugspreis, den wir in Anbetracht der weiterhin so erheblich verschlimmerten Lage des Zeitungswesens für den Monat März feststellen konnten, mußten wir mit Mk. 2100.— bemessen.

Verlag „Der Enztäler".

Baden.

Pforzheim, 27. Febr. Die Vertrauensmänner-Versammlung der Arbeitnehmer im Schmuckgewerbe hat in der gestern abend gehaltenen Versammlung den vom Schlichtungsausschuß am 23. d. M. gefällten Schiedsspruch mit 279 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Der Schiedsspruch sah bekanntlich eine Erhöhung der Ist- und Mindestlöhne ab 16. Februar um 80 Prozent und der Lehrlingslöhne um 100 Prozent vor. Mit den erwähnten Sätzen wären Spitzenlöhne von 1485 Mark in der Stunde erreicht worden. Diese Löhne hielten die Vertrauensleute für ungenügend, weil z. B. in der Maschinenindustrie in Karlsruhe Spitzenlöhne von 1620 Mark und in Mannheim von 1700 Mark erreicht werden. Am Donnerstag, den 1. März, soll in den einzelnen Betrieben noch eine Urabstimmung der Arbeiter und Arbeiterinnen über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs stattfinden. Sollte auch hier die Mehrheit für Ablehnung sein und sich nicht inzwischen eine Verständigung mit den Arbeitgebern finden lassen, so werden sich die Arbeitnehmer voraussichtlich an den Demobilmachungskommissar wenden.

Ettlingen, 26. Febr. Gerichtsvollzieher Walter von hier, der zwischen Langensteinbach und Auerbach vom Fahrrad stürzte, ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Offenburg, 27. Febr. Ein an sich nicht gerade bedeutender Vorfall, der aber bezeichnend ist für die Stimmung der Bevölkerung, spielte sich dieser Tage hier ab. Es wurden einem Mädchen, das sich mit einem Franzosen eingelassen hatte, von unbekannter Hand die Zöpfe abgeschnitten. Die Zöpfe befinden sich auf der Polizei in Offenburg.

Allensbach, 24. Febr. Das Gasthaus „Zum Unterhaus" ging mit sämtlichen Liegenschaften durch Kauf auf Minister a. D. Dietrich über, und zwar zu dem Preise von 40 Millionen Mark.

Wiesloch, 26. Febr. Der Polizei ist es gelungen, in Reilingen die in dem Juweliergeschäft Veveling in Wiesloch gestohlenen Gold- und Silberwaren im Werte von ungefähr drei Millionen Mark zu beschlagnahmen.

Vermischtes.

Der Hund als Beschützer. Eine Schäfersfrau wurde auf dem Wege von Prettelshofen nach Langnau (Allgäu) von einem etwa 40jährigen Mann überfallen und zur Herausgabe ihres Geldes aufgefordert. Als sie es nicht freiwillig hergab, griff er ihr selbst in die Taschen. In diesem Augenblick stürzte sich der die Frau begleitende Hund auf den Räuber und warf ihn zu Boden. Unterdessen brachte sich die Frau in Sicherheit.

Platinschmuggel. Der 23jährige Friseurgehilfe Grelle in Lindau, der 17jährige Sohn des Metzgermeisters Meier in Reutin und noch ein gleichaltriger Genosse unterhielten einen umfangreichen Handel und Schmuggel mit Platin nach der Schweiz. Es handelt sich um Millionengeschäfte. Sie wurden nun gefaßt und dingfest gemacht.

Bitte aus dem Ruhrgebiet. Das Städt. Berufsamt Essen bittet um Aufnahme solcher Kinder aus dem Ruhrgebiet, die nunmehr zur Schulentlassung kommen und gesundheitlich den Anforderungen zur Ergreifung eines Berufs noch nicht gewachsen sind, wohl aber leichtere Arbeiten übernehmen könnten. Erwünscht wäre besonders die Aufnahme auf dem Land, wo die unterernährten Kinder kräftige Nahrung und Milch erhalten könnten. Mitteilungen werden an das Städt. Berufsamt in Essen a. Ruhr, Beusstr. 2, erbeten.

Die Ruhrspende deutscher Fußballer hat bisher den ansehnlichen Betrag von 1250 Millionen Mark ergeben.

Die Mission der Marokkaner in Deutschland. Der „Kölnischen Zeitung" erzählt ein Mitarbeiter: Auf dem Bahnhof Hillesheim in der Eifel war ich Ohrenzeuge folgenden Zwiegesprächs zwischen einem schwarzen Marokkaner und einem abreisenden Jagdherrn. — Jagdherr: Wie lange bleiben Sie hier? — Schwarzer (ganz ernst): Ach, ich weiß nicht, wir sind gekommen, um Sie zu zivilisieren und wenn Sie genug zivilisiert sind, ziehen wir ab. Früher waren wir auch Wilde, alsdann sind die Franzosen gekommen und haben uns zivilisiert; jetzt sind wir zivilisiert und sind gekommen, um Sie auch zu zivilisieren. — Der Jagdherr lachte und verzichtete auf eine weitere Fortsetzung seiner französischen Sprachkenntnisse. Einem neugierig dabeistehenden Briefträger aber mußte ich verdeutschen, was die beiden sich erzählt hatten.

Noch nicht da gewesen. Am Lärchenberg bei Salzwedel lag dieser Tage ein Gutsbesitzer statt seines Wäldchens eine weite kahle Fläche vor. Eine vermutlich sehr zahlreiche Diebesbande hatte in der Nacht das ganze Wäldchen abgeholzt.

Nonnengefahr in Sachsen. Wie von sachmännischer Seite mitgeteilt wird, geht der gesamte sächsische Fichtenbestand ein, die aus Böhmen gekommene Nonne verloren, wenn die Bäume nicht schon bis Anfang April in größtem Umfang und sehr wissenhaft geleimt werden.

Mutter und Tochter verhungert. In Lichterfelde bei Berlin wurden die 67jährige Ärztwitwe Frau Dr. Johanna Hoffmann und deren 34 Jahre alte Tochter Wally völlig erstarrt und fast besinnungslos in ihrer Wohnung aufgefunden. Der hinzugerufener Arzt stellte fest, daß Mutter und Tochter im höchsten Grade unterernährt und dem Hungertode nahe waren und veranlaßte ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus. Dort ist Frau Dr. Hoffmann gestorben. Auch das Befinden der Tochter ist besorgniserregend. Frau Dr. Hoffmann pflegte seit dem Tode ihres Mannes ihre Tochter, die weder lauten noch sprechen konnte und seit ihren ersten Jugendtagen geistig umnachtet war. Die beiden Frauen aßen seit mehr als einem Jahren nur dreimal Mittag in einer Woche. Da auch keine Kohlen im Hause waren, so stellten sich bei Mutter und Tochter am ganzen Körper Frostbeulen ein. Hausbewohner machten Hilfsvereine auf das Elend aufmerksam. Die Greisin wies dies mit Empörung jedes Almosen ab. Die sehr gut gestellten Verwandten erhielten erst von der Leidenszeit der Frauen Kenntnis, als es schon zu spät war.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 27. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 18 Ochsen, 4 Bullen, 33 Jungbullen, 30 Jungrinder, 74 Kühe, 261 Kälber, 105 Schweine, 89 Schafe. Verkauft wurde aus Erlöst wurde aus je 1 Zentner Lebendgewicht für Ochsen 190 000 bis 250 000 (am letzten Markt 190 000 bis 200 000), 1. 140 000 bis 175 000 (130 000 bis 170 000), Bullen 1. 170 000 bis 190 000 (160 000 bis 180 000), 2. 135 000 bis 165 000 (130 000 bis 170 000), Jungrinder 1. 195 000 bis 215 000 (160 000 bis 180 000), 2. 155 000 bis 180 000 (150 000 bis 170 000), 3. 130 000 bis 145 000 (120 000 bis 140 000), Kühe 1. 145 000 bis 165 000 (140 000 bis 155 000), 2. 115 000 bis 135 000 (110 000 bis 130 000), 3. 80 000 bis 110 000 (75 000 bis 95 000), Kälber 1. 235 000 bis 250 000 (unverändert), 2. 210 000 bis 225 000 (200 000 bis 225 000), 3. 165 000 bis 190 000 (155 000 bis 185 000), Schweine 1. 260 000 bis 270 000 (240 000 bis 255 000), 2. 230 000 bis 250 000 (215 000 bis 230 000), 3. 200 000 bis 220 000 (180 000 bis 200 000) Mark. Verlauf des Marktes: ruhig bei schwacher Zufuhr.

Heilbronn, 27. Febr. Dem Pferdemarkt waren zirka 80 Pferde zugeführt, meist solche schweren Schlags. Man bezahlte Preise bis zu 20 Millionen Mark für ein Pferd, 10 bis 20 Millionen Mark für ein Paar, 2—4 Millionen für Ponys.

Schweinepreise. Dem Schweinemarkt in Balingen waren 164 Ferkel zugeführt. Sie wurden bei sehr flauem Handel zum Preis von 70—95 000 Mark pro Stück verkauft. — In Pforzheim kosteten Läuferschweine 500 000—550 000 Mark, Sauschweine 180 000 bis 220 000 Mark, in Künzelsau Milchschweine 200 000 bis 260 000 Mark das Paar.

Reutlingen, 26. Febr. Die Fruchtschranne notierte am Samstag folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 30,45 Ztr.) 40 000 bis 63 000, Gerste (31,18) 40 000 bis 55 000 Mark, Haber (118,02) 23 000 bis 32 000, Unterl. Dinkel (3,38) 45 000 bis 50 000, Alber Dinkel (18,50) 40 000 bis 48 000, Roggen 40 000 bis 41 000 Mark.

Mehlpreis. Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Kilopreis für Weizenmehl Nr. 0 auf 195 000 Mark für den Doppelzentner ermäßigt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 27. Febr. Der Besuch des Reichskanzlers in Stuttgart ist nunmehr für Dienstag, den 6. März (nicht Montag den 5. März) in Aussicht genommen.

Offenburg, 27. Febr. Der Oberbürgermeister von Offenburg hat die von dem französischen Befehlshaber verlangte Unterstellung der Polizei unter französischen Befehl rundweg abgelehnt.

Koblenz, 28. Febr. Bis zum 26. Februar waren in dem altbesetzten Gebiet 550 Personen von der Rheinlandkommission ausgewiesen worden. — Zu dem französischen Vormarsch gegen Limburg wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Franzosen von Diez aus bis zur Blockstelle zwischen Freiendiez und dem Bahnhof Limburg etwa 600 Meter westlich vom Bahnhof Limburg vorgerückt sind. Die Stadt und die Bahnhofsanlagen sind frei. Dagegen haben die Franzosen den [illegible] besetzt und dort die Str[illegible] Kontrolle gebracht.

Trarbach, 27. Febr. [illegible] der Bürgermeister Dr. Ul[illegible] verhaftet und im Auto [illegible] Die Familie hat innerha[illegible] des Einspruchs haben sä[illegible] 11 Uhr vormittags ab g[illegible]

Neuwied, 27. Febr. [illegible] ung französischer Kolon[illegible] im Stadtteil Weddesdorf [illegible]

Essen, 27. Febr. [illegible] Truppen zur Beschlagnah[illegible] Umfang über. Diese B[illegible] fehl zurückzuführen sei, [illegible] wie die Konfiszierung [illegible] Zwecke dienen, die Arbe[illegible] Sicherheit werde durch [illegible] Arbeiterschaft nur gesteig[illegible]

Essen, 27. Febr. [illegible] die Franzosen bei der [illegible] Polizeigefängnis besetzt u[illegible] Schwerverbrecher entw[illegible]

Hamm, 27. Febr. [illegible] hin und Dr. Guyenz be[illegible] Düsseldorf. Sie sind in [illegible] französischer unterge[illegible] gene behandelt werden. [illegible] halten. Versuche, ihnen [illegible] sicher daran gescheitert, b[illegible] endigen schriftlichen Bef[illegible] es wird weiter versucht, [illegible] behandelt werden, geht d[illegible] zur Verfügung gestellt wir[illegible]

Leipzig, 28. Febr. [illegible] Ermittlungsverfahren geg[illegible] fortgehend verhaftet gewe[illegible] ist jetzt zur Eröffnung [illegible] Hauptuntersuchung erstreckt [illegible] Leuten, die sich nach dem [illegible] Kaiser Roßbach bildeten.

[illegible] Verein für landwirtsch[illegible] Leitern der Sparverein, [illegible] Sparvereinigungen

Leipzig, 28. Febr. [illegible] Eröffnung des Kapitänleutn[illegible] Reichsanwalt beantragte [illegible] dem Staatsanwalts geg[illegible] Hamburg vom 13. Juni [illegible] Mittzeit angeklagt, die [illegible] Hauptmann Schulz und den [illegible] aus Beihilfe zur Flucht [illegible]

Berlin, 27. Febr. [illegible] kam aus dem Wasser be[illegible] Kopf, Arme und [illegible] eine gemusterte Chaiselon[illegible] endlich in eine bräun[illegible] Paket war umschnürt [illegible] Bindeln zusammengestec[illegible] ein Verbrechen.

Berlin, 27. Febr. [illegible] Blattes" beschäftigte si[illegible] Kabinettssitzung mit [illegible] mit den Kohlenpreisen. [illegible] Personentarife bei der [illegible] Prozent ist, wie die [illegible] Gütertarife zum 1. M[illegible] [illegible] innerhalb der Reic[illegible] einen Abbau der Ei[illegible] die Rentabilität des [illegible]

Berlin, 28. Februar. [illegible] hat der frühere R[illegible] von ihm eingeleitete Re[illegible] Urteil im Hermesprozeß [illegible] Gesamtlage zurückgezog[illegible] zufolge hat die [illegible] Reichstag die Aufhebung [illegible] zum Schutze der Repu[illegible] Strafvorschriften gegen die [illegible] bleiben. — Der [illegible] Frankfurt 22 634.25 G., 22 7[illegible] 756.75 Br.

Hamburg, 27. Febr. [illegible] Marx" rettete am 21. Fe[illegible] Kapitän und 25 Mann der [illegible] Fischer" bei schwerste[illegible] Dampfer „Older" [illegible] gesamte Besatzung gere[illegible] verließ „Otto Fischer [illegible] die Geretteten in Ma[illegible]

Nachdr.

Im Hause des Kommerzienrates.

Roman von E. Marlitt.

Käthe umschritt in diesem Augenblick, das endlich gefundene Notenblatt in der Hand, den Flügel. Sie sah, wie Flora das Manuskript mit einigen Streichhölzern entzündete und es aufloderend in den Kamin warf. Die schöne Braut wandte dabei den Kopf nach der Fensterseite zurück, wo jedenfalls der Doktor stand. Vielleicht wünschte sie, er möchte den Versuch machen, sie in ihrem Beginnen zu hindern; allein kein Schritt wurde hüben, keine rettende Hand streckte sich aus, um das „kostbare" Brennmaterial den Flammen zu entreißen. Käthe nahm hastig den Platz am Flügel ein und begann sofort die Liszt'sche Phantasie über das „Lob der Tränen".

Sie wollte Brucks Antwort nicht hören; denn es war ihr schrecklich, stets unfreiwillige Zeugin der Szenen zwischen den Verlobten zu sein — Bruck mußte sie zuletzt hassen. Aber sie war namenlos empört über die abermalige Komödie, die sich eben wieder vor ihren Augen abgespielt. Das abgegriffene, wandermüde Manuskript, das auf seinen „Zickzackwegen durch die Welt" von maßgebender Seite wiederholt als nicht brauchbar zurückgeschickt worden war — es hatte die Rolle eines tränenwerten Opfers spielen müssen.

Es wurde drüben gesprochen. Käthe hörte durch die Melodie, die ihre Hände energischer als sonst den Tasten entlockte, die ernste, unbewegte Stimme des Doktors, aber sie verstand zu ihrer eigenen Beruhigung kein Wort, und als sie schloß, da kam auch Flora schon wieder herüber, um in das Balkonzimmer zurückzukehren. Diesmal hing sie nicht an Brucks Arm; sie hielt den Strauß der Fürstin in der Hand und ging neben dem Doktor her, verdrossen wie ein gescholtenes Kind, das aber nicht zu widersprechen wagt — Flora hatte ihren Herrn und Meister gefunden . . . Ein zorniger Seitenblick streifte die am Flügel sitzende Schwester, die eben die Hände von den Tasten sinken ließ. „Gott sei Dank, daß du fertig bist, Käthe!" sagte sie stehenbleibend. „Du lärmst auf dem Instrument, daß man sein eigenes Wort nicht versteht. Schau, deine eigenen Sachen spielst du ja ganz nett — an Schubert und Liszt aber solltest du dich nicht wagen; dazu fehlt dir das Verständnis und vor allem die Fertigkeit."

„Henriette hat das Stück zu hören gewünscht," entgegnete Käthe gelassen und schloß den Flügel. „Für eine fertige Klavierspielerin habe ich mich nie ausgegeben —"

„Nein, Herzenskäthe, das hast du niemals getan, bist auch keine Virtuosin, die Bocksprünge mit ihren Fingern macht," fiel Henriette ein; sie stand plötzlich, wie hingeweht, auf der Schwelle des Musikzimmers, „aber das Mädchengemüt möchte ich kennen, das Schubert inniger auffassen möchte als du — oder meint Schwester Flora, die Tränen, die einem dabei in die Augen treten, weine und heuchle man aus bloßer Gefälligkeit?"

„Kranke Nerven, Kindchen — weiter nichts!" lachte Flora und folgte dem Doktor in den Salon, von wo die Präsidentin ihn gerufen hatte.

Die alte Dame saß drüben mit etwas erhitztem Gesicht. „Ach, liebster, bester Hofrat" — sie gebrauchte diesen Titel, so oft er sich anbringen ließ, — „da schreibt mir eben meine Freundin, die Baronin Steiner, daß sie in den nächsten Tagen hierherkommen will, um Rat und Hilfe bei Ihnen zu suchen. Sie ist ganz trostlos über ihren Enkel, den Stammhalter der alten Familie von Brandau — der Junge hinkt seit einiger Zeit ein wenig, und die tüchtigsten Aerzte tappen im Dunkeln über den Ursprung seines Leidens. Wollen Sie das Kind untersuchen und in Behandlung nehmen?"

„Sehr gern, vorausgesetzt, daß die Dame nicht allzugroße Ansprüche an meine Zeit macht."

Die Präsidentin war sichtlich verletzt durch die gleichgültige Art und Weise, mit der ihre Bitte aufgenommen wurde; sie antwortete nicht.

„Die Baronin ist sehr verstimmt durch meinen neulichen Abschiedsbrief" wandte sie sich an Flora; „der Zettel da" — sie tippte mit der Lorgnette auf das Briefblatt — „strotzt von Anzüglichkeiten, und wenn nicht Sorge und Angst an sie heranträten, würde sie mir wohl nie wieder geschrieben haben; was mich das schmerzt, kann ich kaum sagen. Sie will nun im ersten besten Hotel wohnen, von wo aus unser Hofrat am rechten zu erreichen ist, und bittet mich wenigstens um die Gefälligkeit, ihr eine Wohnung von fünf Zimmern auszumachen." Jetzt zuckte ein wahrhaft vernichtender Blick unter den breiten Lidern hervor nach dem jungen Mädchen im weißen Kleide.

„Mein Gott, es ließe sich ja schließlich im ersten Stock einrichten, wenn die gute Steiner nicht durchaus fünf Zimmer haben müßte," fuhr die Präsidentin fort. „Aber sie braucht doch notwendig einen Salon für sich und ihre Tochter Marie, ein Wohnzimmer für den kleinen Job von Brandau und seine Erzieherin, und allermindestens drei Schlafzimmer — die Jungfer kommt ja auch mit." Sie stützte sorgenschwer und tief verstimmt den Kopf in die Hand.

„Das will alles in allem sagen, daß Käthe für die Bequemlichkeit dieser wildfremden und anmaßenden Frau Baronin im Wege ist," fuhr es Henriette scharf und zornig heraus.

„Ich habe mich bereits erboten, in die Mühle zu gehen," sagte die junge Schwester ohne eine Spur von Empfindlichkeit und strich beschwichtigend mit der Hand über Henriettens Haar.

„O nein, da weiß ich etwas Besseres, Käthe — wenn du denn einmal weichen mußt," rief die Kranke mit aufleuchtenden Augen. „Wir bitten die Tante Diakonus um das liebe runde Fremdenzimmer für dich; ich weiß, sie wird ganz glücklich sein, dich drüben zu haben, denn du bist ja ihr Augapfel . . . Dein Flügel wird hinübergeschafft, und da darf ich dann auch kommen, so oft ich will —" Sie verstummte plötzlich mit einem Blick auf den Doktor. Dieser hatte sich zuerst abgewendet und durch das Fenster gesehen, und jetzt kehrte er ihr das tiefernste Gesicht zu, und das, was sie aus seinen Augen entgegenfuhr, war heftiger, zürnender Widerspruch; sie traute ihren Sinnen kaum — er war gar nicht mehr er selbst. (Forts. folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

haben die Franzosen den Ort Kirberg südlich von Limburg besetzt und dort die Strecke Limburg—Frankfurt unter ihre Kontrolle gebracht.

Trarbach, 27. Februar. Gestern in aller Frühe wurde der Bürgermeister Dr. Uhde von zwei französischen Gendarmen verhaftet und im Auto in der Richtung auf Zell fortgebracht. Die Familie hat innerhalb 5 Tagen zu folgen. Zum Zeichen des Einspruchs haben sämtliche Behörden und Geschäfte von 11 Uhr vormittags ab geschlossen.

Neuwied, 27. Febr. Heute vormittag ist eine Abteilung französischer Kolonialtruppen hier eingetroffen, für die im Stadtteil Weddesdorf Quartier gestellt werden mußte.

Essen, 27. Febr. Neuerdings gehen die französischen Truppen zur Beschlagnahme von Lebensmitteln in großem Umfang über. Diese Beschlagnahme, die auf höheren Befehl zurückzuführen sei, soll nach der „Voss. Ztg." ebenso wie die Konfiszierung der Lohngelder offenbar zu dem Zwecke dienen, die Arbeiterschaft mürbe zu machen. In Wirklichkeit werde durch diese Eingriffe die Erregung der Arbeiterschaft nur gesteigert.

Essen, 27. Febr. Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Franzosen bei der Besetzung Gelsenkirchens auch das Polizeigefängnis besetzt und die Insassen befreit. Hierbei ist ein Schwerverbrecher entwichen.

Hamm, 27. Febr. Bürgermeister Schäfer, Dr. Havenstein und Dr. Guyenz befinden sich im Männergefängnis in Düsseldorf. Sie sind in Einzelhaft und sollen nach Mitteilung französischer untergeordneter Organe wie politische Gefangene behandelt werden. Bis jetzt haben sie Gefängniskost erhalten. Versuche, ihnen Erleichterungen zu verschaffen, sind bisher daran gescheitert, daß die Franzosen die hierfür notwendigen schriftlichen Bescheinigungen nicht ausgestellt haben. Es wird weiter versucht, ihr Los zu erleichtern. Wie sie behandelt werden, geht daraus hervor, daß ihnen kein Licht zur Verfügung gestellt wird.

Leipzig, 28. Febr. Das vor dem Reichsgericht schwebende Freilassungsverfahren gegen den kürzlich in Hamburg vorübergehend verhaftet gewesenen Oberleutnant a. D. Roßbach ist jetzt zur Eröffnung der Voruntersuchung geführt. Die Voruntersuchung erstreckt sich auch außerdem auf Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Roßbach bildeten. Zu diesen gehören in Marienburg der Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung und in Holstein der Sparverein, sowie in Pommern eine Reihe anderer Sparvereinigungen.

Leipzig, 28. Febr. Das Reichsgericht hat die Freisprechung des Kapitänleutnants von Killinger durch die vom Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision des bayerischen Staatsanwalts gegen das Urteil des Schwurgerichts Landsberg vom 13. Juni 1922 bestätigt. Killinger war damals angeklagt, die flüchtigen Mörder Erzbergers, den Kaufmann Schulz und den Oberleutnant z. S. a. D. Tillessen, durch Beihilfe zur Flucht begünstigt zu haben.

Berlin, 27. Febr. Gestern abend wurde am Mühlendamm aus dem Wasser der Rumpf einer weiblichen Leiche geborgen. Kopf, Arme und Beine fehlten. Er war zunächst in eine gemusterte Chaiselongedecke und dann in einen Frauenhemd, endlich in eine bräunliche Portiere eingewickelt. Das ganze Paket war umschnürt und an den Ecken mit Sicherheitsnadeln zusammengesteckt. Anscheinend handelt es sich um ein Verbrechen.

Berlin, 27. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" beschäftigte sich die Reichsregierung gestern in einer Kabinettssitzung mit den Tarifen bei der Reichsbahn und mit den Kohlenpreisen. Im Gegensatz zu der Erhöhung der Personentarife bei der Reichsbahn am 1. März um 50 Prozent ist, wie die Blätter erfahren, eine Erhöhung der Gütertarife zum 1. März nicht geplant. Man prüfe vielmehr innerhalb der Reichsregierung die Frage, inwieweit man einen Abbau der Eisenbahntarife vornehmen könne, ohne die Rentabilität des Eisenbahnbetriebs in Frage zu stellen.

Berlin, 28. Februar. Nach einer Meldung des „Vorwärts" hat der frühere Redakteur der „Freiheit", Hensel, gegen ihn eingeleitete Revision gegen das gegen ihn ergangene Urteil im Hermesprozeß mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage zurückgezogen. — Dem „Berliner Lokalanzeiger" zufolge hat die deutschnationale Fraktion gestern im Reichstag die Aufhebung der Artikel 2 bis 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragt. Artikel 1, der Strafvorschriften gegen die Mörderzentralen enthält, soll unberührt bleiben. — Der Dollar notierte am Dienstag in Berlin 22 634.25 G., 22 756.75 B., in Berlin 22 643.25 G., 22 756.75 Br.

Hamburg, 27. Febr. Der japanische Dampfer „Hakazoki Maru" rettete am 21. Februar den Kapitän, den leitenden Ingenieur und 25 Mann der Besatzung des Schleppdampfers „Otto Fischer" bei schwerstem Wetter. Mit den vom nordischen Dampfer „Older" geretteten 14 Mann ist nunmehr die gesamte Besatzung gerettet. Der Dampfer „Hakazoki Maru" verließ „Otto Fischer" im sinkenden Zustand. Er landete die Geretteten in Marseille.

Brüssel, 28. Febr. Wie die Agence Belge meldet, hat die belgische Militärbehörde gestern den Beamten der belgischen Staatsbahnen und des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes durch die Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörde Einberufungen zum Dienst in den besetzten Gebieten zugehen lassen.

London, 27. Febr. Der allgemeine Rat des Gewerkschaftskongresses beschloß, der deutschen Gewerkschaftsbewegung 500 Pfund Sterling zu überweisen für den Kampf gegen die „Versklavung der Arbeiter im Ruhrgebiet." Der Rat beschloß ferner, die ihm angeschlossenen Organisationen zur Unterstützung der Ruhrarbeiter aufzufordern.

Wer heute ohne Zeitung ist, tappt im Dunkeln.

Bei der heutigen wechselvollen Preisgestaltung bedeutet das Nichthalten einer Zeitung finanzielle Nachteile, die, wie die Erfahrung lehrt, den Bezugspreis oft um ein Vielfaches übersteigen.

Schieben Sie

Ihre Bestellung auf den „Enztäler" nicht länger auf! Heute letzte Nummer. Versäumte Abonnements können bei allen Postanstalten, Postboten, Briefträgern und den bekannten Agenturen nachgeholt werden. Erschienene Nummern werden nachgeliefert.

Ein aufrechter Mann.

Gendarmerieoberwachtmeister Kaiser, dessen Verhaftung bereits mitgeteilt wurde, ist vorher mehrfach aufgefordert worden, vor dem französischen Oberbefehlshaber in Offenburg zu erscheinen. Nachdem er diese Befehle energisch abgelehnt hatte, wurde er von drei französischen Gendarmen dem französischen Oberbefehlshaber vorgeführt. Als er dort gefragt wurde, ob er die ihm eröffneten Befehle ausführen wolle und er diese Frage verneinte, erklärte ihn der französische Offizier für verhaftet. Gendarmerieoberwachtmeister Kaiser nahm seine Verhaftung mit den markigen Worten entgegen: „Recht und Macht kann man uns nehmen, aber meine Ehre niemals. Ich wandere mit Stolz ins Gefängnis, ehe ich mich als ehrloser und eidbrüchiger Schurke ansehen lasse."

Bestialische Behandlung von Gymnasiasten.

Bochum, 27. Febr. Die vor einigen Tagen von den Franzosen verhafteten 15 Gymnasiasten sind bis auf sechs, die infolge der französischen Mißhandlung schwere Verletzungen erlitten haben, heute vormittag freigelassen worden. Die Verletzten sind in einer Villa untergebracht und bleiben dort solange unter Bewachung, bis die Wunden geheilt sind. Diese Maßnahme wurde von den Franzosen getroffen, um das Photographieren der Verletzten zu verhindern. Ueber die Mißhandlung selbst wurden folgende Einzelheiten bekannt: Während der Räumung der Oberrealschule in Bochum, die durch französisches Militär vorgenommen wurde, sahen die Gymnasiasten einige herumlungernde Individuen, die sich von der französischen Volksküche verpflegen ließen. Die Gymnasiasten machten einen Schutzpolizisten darauf aufmerksam, der sofort eingriff und diese Leute verhaftete. Aus diesem Grunde stürzten die Franzosen auf die Gymnasiasten und mißhandelten sie in schwerster Weise. Die Schüler wurden auf den Hof geschleppt, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und getreten, mit Schraubenschlüsseln bearbeitet und mit Kolben die Treppe hinaufgestoßen. Mehrere der Mißhandelten brachen schwer verletzt bewußtlos zusammen. Die Schüler wurden darauf in ein Arrestlokal gebracht und ohne Wasser und Verpflegung in eine Zelle gesperrt. Noch am Freitag abend befanden sich die Schüler in jener Zelle. Wie festgestellt wurde, haben die französischen Offiziere diesen viehischen Mißhandlungen zugesehen und keine Hand gerührt, um die Leute von den Mißhandlungen abzuhalten.

Der Raub der Reichsbank-Milliarden.

Berlin, 27. Febr. Im Haushaltausschuß des Reichstags erteilte der Vizepräsident der Reichsbank, Dr. Glasenapp, Auskunft über den französischen Raub der Reichsbankgelder. **Der Transport enthielt 12 Milliarden, 800 Millionen Mark in Reichsbanknoten, 100 000 Mark in Darlehenskassenscheinen, zwei Koffer mit 210 Druckplatten zur Herstellung von 5000-Marknoten und vier Koffer mit 100 Druckplatten zur Herstellung von 20 000-Marknoten.** Von der Banknotensendung waren 300 Millionen für die Reichsbanknebenstelle Ohligs, 500 Millionen für die Reichsbanknotenstelle Solingen, die restlichen 12 Milliarden für die Reichsbankhauptstelle Köln bestimmt. 100 000 Mk. Darlehenskassenscheine sollte die Reichsbanknebenstelle Elberfeld erhalten. Die Druckplatten waren für die von der Reichsbank im besetzten Gebiet zum Notendruck benutzten Druckereien bestimmt. Das gesamte Papiergeld war zur Versorgung des besetzten rheinischen Gebietes mit Zahlungsmitteln bestimmt. Von den nach Köln gehenden 12 Milliarden sollte die eine Hälfte in Köln selbst Verwendung finden, die andere Hälfte zur allmählichen Ausstattung der Reichsbankanstalten Bonn, Düsseldorf, Krefeld, München-Gladbach und Aachen nach Bedarf verwendet werden. Gegen die Beschlagnahme dieser Reichsbankgelder wurde bereits an den zuständigen Stellen feierlich Verwahrung eingelegt. Dabei wurde insbesondere betont, daß die Reichsbank ein autonomes, rein aus privatem Kapital gegründetes, ausschließlich vom Reichsbankdirektorium geleitetes Bankinstitut und die alleinige Trägerin ihres Vermögens sei, an dem das Reich keinen Anteil habe. Die Beschlagnahme der Sendung stellt mithin einen klaren, völkerrechtlich unzulässigen Eingriff in das Privatrecht dar.

Keine Rückgabe der beschlagnahmten 12 Milliarden.

Berlin, 27. Febr. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben bisher leider die Verhandlungen über Rückauslieferung der beschlagnahmten 12 Milliarden noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Es ist lediglich erreicht worden, daß die französische Regierung erklärt hat, von jetzt ab keine Geldtransporte, die in die englische Zone gehen, antasten zu wollen.

Berlin, 28. Febr. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Köln haben die Franzosen im Büro der Rheinschiffahrtsgewerkschaft und Co. eine Haussuchung vorgenommen, wobei 12 Millionen Mark Reichsunterstützung weggenommen wurden.

Stillegung des Dortmund-Ems-Kanals.

Dortmund, 27. Febr. Der Betrieb auf dem Dortmund-Ems-Kanal ist infolge des Versuchs der Franzosen, eine 10-prozentige Zollabgabe einzutreiben, zum Stillstand gekommen. Ins besetzte Gebiet fahrende Kähne werden in Münster zurückgehalten.

Gestern wurde der Bahnhof Bodelschwing bei Dortmund von den Franzosen besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt. Der Hauptbahnhof Bochum wurde heute morgen für eine halbe Stunde besetzt; mehrere Eisenbahnbeamte wurden festgenommen und fortgeschleppt. Der Bürgermeister von Netter wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. In Hiddinghausen und Silschede haben die Franzosen Autokontrollstellen eingerichtet. In Oberhausen-Finnentrop beschlagnahmten sie heute früh zahlreiche Autos. Das in Essen erscheinende „Ruhrecho" wurde durch Verordnung des Generals Simon für acht Tage verboten.

Verschärfte Kontrolle an den Grenzen des Ruhrgebiets.

Essen, 27. Febr. Die Abschnürung des Ruhrreviers wird von den Franzosen immer strenger gehandhabt. Während bisher die Einführung von Gütern kaum behindert wurde, werden neuerdings zahlreiche Eisenbahnwagen mit Einfuhrgütern angehalten. Dabei haben es die Franzosen insbesondere auf Grubenholzsendungen abgesehen. Auf Vorstellungen wegen der Festhaltung von Grubenholzsendungen haben die Besatzungstruppen jetzt erklärt, daß diese Sendungen freigegeben würden, wenn eine Abgabe in Höhe von 10 Prozent des Werts bezahlt würde. Auch die Kontrolle des Personenverkehrs wird von Tag zu Tag schärfer. Während bis vor kurzem bei der Gepäckrevision nur einzelne Stichproben vorgenommen wurden, müssen jetzt die Züge auf den Ausgangsstationen aus dem Ruhrrevier häufig stundenlang halten, da das Gepäck bis auf die Brieftasche usw. der Reisenden auf das Genaueste untersucht wird.

Die Verhaftung von Eisenbahnern, sowie die Vertreibung der Eisenbahnangestellten aus ihren Dienstwohnungen dauert fort. Gestern wurde in Bottrop der dortige Bahnhofsvorsteher verhaftet. Der in Gelsenkirchen verhaftete Oberbahnhofsvorsteher Kaufmann wird in Recklinghausen weiter gefangen gehalten. Er soll gegen die Stellung einer Kaution von 300 000 Mark in Freiheit gesetzt werden. Die Stellung der Kaution ist aber aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt worden. Einer der drei bei der Beschlagnahme der Stationskasse zu Duisburg verhafteten Eisenbahnbeamten ist wieder freigelassen worden. Nach seiner Angabe haben die Franzosen in Duisburg 120 Millionen Mark geraubt, die zu Lohn- und Gehaltszahlungen an die Eisenbahner dienen sollten.

Gegen die Wegnahme von Eisenbahnlinien und rollendem Material.

Berlin, 28. Febr. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat im Auftrag der Reichsregierung an den Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission eine Note gerichtet, in der gegen die Wegnahme von Eisenbahnlinien und die Beschlagnahme von rollendem Material in den besetzten rheinischen Gebieten, sowie gegen die Beschlagnahme von Gehalts- und Lohnzahlungen, gegen die Besetzung von Reichsbankstellen, das Verbot von Zeitungen und die Verhaftung und Ausweisung von deutschen Beamten protestiert wird. Die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen, die aus den Maßnahmen der Rheinlandskommission entstehen, die übrigens mit dem Rheinlandsabkommen in Widerspruch stehen, würde nach deutscher Auffassung auf die Kommission fallen.

Zustimmung des Reichsrats zur Goldanleihe.

Berlin, 27. Febr. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds an. Durch den Gesetzentwurf wird der Finanzminister ermächtigt, 50 Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig zu machen. Das Gesetz soll nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten. Wie der Berichterstatter mitteilte, haben über die Durchführung der Angelegenheit bereits Verhandlungen stattgefunden. Die Regierung hat in den Ausschußberatungen mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, die Anleihe auf drei Jahre laufen zu lassen. Die Einzahlungen sollen am 15. März, 15. April und 15. Mai gemacht werden. Zinsscheine sollen den Schatzanweisungen nicht beigegeben werden, vielmehr wenigstens nach den bis jetzt bestehenden Plänen, bei der Rückzahlung von 100 Dollar ein Betrag von 120 Dollar zurückgezahlt werden, was einer Verzinsung von 6 v. H. entsprechen würde. Die Reichsbank wird sämtliche Bürgschaften übernehmen, wodurch eine starke Sicherheit für die Rückzahlung gegeben wird.

Angenommen wurde ein Gesetzentwurf zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen, sowie eine Verordnung, wodurch die Grundlöhne in der Krankenversicherung abermals erhöht werden. Der Gesetzentwurf bringt die wichtige Aenderung, daß statt Sachleistungen von den Krankenkassen Barleistungen gegeben werden können. Weiterhin wird die Grenze der Versicherungspflicht auf zwei Millionen Mark erhöht.

Märchen und Wahrheiten. Es war einmal ein Tunnel, in dem sich zwei Hochzeitsreisende nicht küßten — da sie sich schon auf der Heimreise befanden. — Es gab einmal einen Hausherrn, der wollte in seinem Hause keine Reparaturen auf Kosten der Parteien durchführen — dafür wollten seine Mieter wieder alles aus Eigenem bestreiten. — Es war einmal ein kleiner Junge, der hatte noch nie von einem Dollar gehört — den ihm sein Onkel in Amerika versprochen hatte.

Ein französischer Scharfmacher.

Paris, 27. Febr. Die Kammer hat heute nachmittag die Debatte über die neuen Militärgesetze fortgesetzt. General Dirshauer sprach für die 18monatige Dienstzeit. Im Zeitpunkt des Waffenstillstands, sagte er, habe man vorausgesetzt, daß der Friedensvertrag sowohl die Entwaffnung des Gegners als auch die Bezahlung der Reparationen und schließlich durch die Besetzung des linken Rheinufers die französische Sicherheit gewährleistet würde. Was die Entwaffnung anlange, so habe man keine Gewißheit hierfür, daß diese in Deutschland durchgeführt sei. Daraus, daß man wisse, wieviel Waffen ausgeliefert oder zerstört worden seien, könne man nicht ersehen, was die deutsche Regierung am 11. November besessen hätte. Ferner beständen in Deutschland mit Zustimmung der Regierung noch zahlreiche militärische Organisationen. Was die Reparationen anlange, so habe sie Deutschland nicht bezahlt, sondern von den Geldern, die es einnahm, einen regelrechten Kriegsschatz angesammelt. Man werde im Rheinland stehen bleiben, bis der letzte Heller bezahlt sei, den Frankreich zu bekommen habe. Inzwischen seien nach dem Waffenstillstand neue Tatsachen in die Erscheinung getreten, namentlich der Vertrag von Rapallo, der Frankreich zu denken geben müsse. Deutschland, so fuhr der Redner fort, wisse sehr wohl, daß solange Frankreich das Rheinland besetzt halte, im Falle eines neuen Krieges die Operationen sich nicht auf französischem Gebiet abspielen würden und deshalb verlange es als erste Voraussetzung einer Verständigung die Räumung des Rheinlandes. Uebrigens liege bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge das linke Rheinufer, soweit das altbesetzte Gebiet in Betracht komme, immer noch im Bereich der auf dem rechten Ufer aufgestellten deutschen Kanonen. Wenn es zum Krieg komme, müsse Frankreich sich unverzüglich decken, den Rhein überschreiten und den Kampf auf das rechte Ufer tragen.

Bonar Laws Zurückhaltung gegenüber französischen Uebergriffen.

London, 27. Febr. Im Unterhaus wurde gestern an die Regierung von General Hutchinson die Frage gestellt, ob es wahr sei, daß ein deutscher Beamter im englischen Gebiet verhaftet und in die französische Zone gebracht worden sei. Bonar Law erwiderte, daß die englische Besatzungsbehörde den Auftrag erhalten habe, keine weiteren Verhaftungen deutscher Beamter in der englischen Zone vorzunehmen, ohne daß die englische Regierung vorher befragt worden sei. Der Arbeiter-Vertreter Wegewood fragte, ob die Regierung Kenntnis davon hätte, daß französische Truppen in Emmerich eine Sendung Zink-Oxid, die aus Deutschland kam und für England bestimmt war und überdies von den englischen Kaufleuten bezahlt war, angehalten habe und welche Maßnahmen die Regierung dagegen zu ergreifen beabsichtige. Der englische Regierungsvertreter erwiderte, daß die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Fall gelenkt worden sei, ebenso wie auf andere Nachrichten, wonach französische und belgische Beamte den Warenverkehr auf dem Rhein behindert hätten. Die Frage sei den englischen Behörden im Rheinland vorgelegt worden. Es sei eine Untersuchung angestellt und der Auftrag gegeben worden, daß in allen derartigen Fällen die Schritte zu unternehmen seien, die zum Schutze englischer Geschäftshäuser notwendig sind. Mehrere Abgeordnete fragten, ob die Besatzungskosten im Ruhrgebiet auf Rechnung der Reparationskommission gehen und ob zur Vergütung dieser Kosten eine französisch-belgische Priorität bestehe. Bonar Law erwiderte in seiner Antwort, daß die interalliierte Kommission zur Berechnung der Besetzungskosten gewisse Beschlüsse gefaßt habe. Es sei eine Erhöhung dieser Kosten im Zusammenhang mit den Ruhrmaßnahmen von der französischen und belgischen Regierung vorgenommen worden. Sie könne aber nicht vorgenommen werden ohne die Zustimmung der anderen alliierten Mächte. Jeder Vorschlag dieser Art würde erst sorgfältig geprüft werden. Schließlich fragte Ramsay Macdonald, welches der gegenwärtige Stand der englisch-französischen Verhandlungen über die Besetzung des Ruhrgebiets sei und ob irgendwie erwogen werde, die englischen Truppen aus Köln wegzunehmen. Bonar Law erwiderte, die Lage weise keine Aenderung auf. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob Erörterungen stattgefunden hätten mit irgend welchen der Alliierten bezüglich eines Ergänzungsvertrages für den Versailler Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, der die Kontrolle der Eisenbahnen im Rheinland und Ruhrgebiet berühre, erwiderte Bonar Law verneinend. Auf verschiedene Anfragen erwiderte der Premierminister, daß die Kosten der Besatzungsheere die Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Uebereinkommen vom 11. März seien diese jedoch auf gewisse festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgend welche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahme zu bestreiten. Für Maßnahmen, die von der belgischen und französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte getroffen wurden, könnte daher keine Erhöhung der Ausgaben eintreten. Ein Vorschlag in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden. Ben fragte, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ruhrgebiets tragen werde, das Reparationskonto oder der französische Steuerzahler. Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzufügen. — Wedgewood fragte, ob diese Antwort bereits der französischen Regierung mitgeteilt worden sei und ob die französische Regierung wisse, daß England diese Haltung einnehme. Bonar Law antwortete: Nein, sie ist nicht mitgeteilt. — Ben fragte: Haben wir irgend welche Garantien, daß sie unsere Reparationsansprüche nicht vermindern wird? Bonar Law antwortete: Nein, keinerlei.

Präsident Harding republikanischer Präsidentschaftskandidat für 1924.

Im amerikanischen Senat spielte der Demokrat Harris auf die Uneinigkeit in der republikanischen Partei an, die sich in dem Kampf um die Führerschaft zwischen dem konservativen und dem fortschrittlichen Flügel ausdrücke. Senator Lodge stellte diesen Kampf in Abrede, und Senator Watson erklärte, daß Präsident Harding ohne Opposition für 1924 als Präsidentschaftskandidat aufgestellt werde, und daß die republikanische Partei nicht hoffen könne, ohne ihn den Wahlkampf zu gewinnen.

Am deutschen Willen scheitert Frankreichs Raubzug!
Darum gebt zum Deutschen Volksopfer!

Gemeinde Dennach.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Wir verkaufen folgendes Nadelholz:

Los 1. 76 Stück aus Abt. 8 (Waienplatz): Langholz: 7,40 I., 13,08 II., 22,77 III., 10,19 IV., 2,70 V., 1,99 VI. Klasse. Sägholz: 8,37 II., 1,09 III. Klasse mit zus. 67,59 Fm.

Los 2. 127 Stück aus Abtlg. 21 (Dobler Straße): Langholz: 2,78 II., 13,21 III., 12,96 IV., 14,98 V., 5,38 VI. Klasse. Sägholz: 1,46 II., 0,30 III. Kl. mit zusammen 51,07 Fm. (Abfuhr sehr günstig.)

Los 3. 19 Stück Scheidholz aus 5 Abt.: Langholz: 5,28 I., 7,57 II., 4,32 III., 1,80 IV. Klasse. Sägholz: 0,45 II., 1,43 III. Klasse mit zusammen 20,85 Fm.

Los 4. 12 Stück Baustangen bei Los 2: 2 St. Ia., 7 St. Ib., 3 St. III. Klasse.

Schriftliche Angebote nach den seit 1. Januar 1923 giltigen Landesgrundpreisen (5fach derjenigen vom 1. 11. 22., die Stangen dagegen im Marktpreis) wollen bis

Freitag, den 2. März 1923, abends 7 Uhr,

beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Zuschlag innerhalb 3 Tagen, Nachgebote ausgeschlossen.

Den 24. Februar 1923.

Gemeinderat.

Gemeinde Beinberg.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Am Montag, den 5. März 1923

kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

132 Stück Tannen und Forchen II. bis V. Klasse mit insgesamt 97,30 Fm., sowie 30 Stück Baustangen II. Klasse.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, auf das Nadelstammholz, sowie auf die Stangen, in ganzen Prozenten ausgedrückten Angebote wollen bis **nachmittags 2 Uhr** mit der Aufschrift „Nadelstammholz" (bezw. Baustangen) auf dem Rathaus eingereicht werden. Nähere Auskunft erteilt Waldmeister Rentschler.

Der Gemeinderat.

Die vereinigten Damenschneiderinnen von Engelsbrand und Salmbach

haben ab 1. März folgende

Mindestpreise

festgesetzt:

ein Kostüm-Kleid	30 000 M
ein Mantel	20 000 M
ein Kleid (besser)	20 000 M
ein Kleid (einfach)	15 000 M
eine Bluse (besser)	10 000 M
eine Bluse (einfach)	8 000 M
ein Rock	10 000 M

Engelsbrand, den 25. Februar 1923.

Nutzholz-Verkauf.

Das **Badische Forstamt Mittelberg in Ettlingen** verkauft freihändig gegen Barzahlung innerhalb 4 Wochen aus dem Staatswalddistrikt „Unterwald", Abt. 83, 84 und 90

rund 464 Fm. Tannen-Stämme und -Abschnitte aller Klassen in 3 Losen.

Schriftliche Angebote losweise pro Festmeter in Prozenten der Landesgrundpreise bis **Donnerstag, 8. März, nachm. 5 Uhr**, erbeten. Oberforstwart Kunz in Schielberg (Post Marxzell) zeigt das Holz vor.

Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg.

Infolge der Devisenrückgänge können wir unseren Mitgliedern äußerst preiswert anbieten:

Strickwolle und Faden,

ferner verschiedene Lebensmittel und Seife die wir **nur für diese Woche** im Preise ganz wesentlich herabgesetzt haben.

Ferner sind wieder

Gerste und Mais, sowie Eindünstgläser

eingetroffen und können wir auch diese Artikel sehr vorteilhaft abgeben.

Wir empfehlen:

Ia. Sommer-Gerste,
Ia. Sommer-Weizen
(auch zur Saat),
Ia. Hafer, Kleie, Melasse.
Echte Zuckerrüben
für Pferde und Vieh.

Gebr. Schlanderer, Unter-Reichenbach, Tel. 2

Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Feldgraue Hosen, Manchester-Hosen, Gestr. Sonntagshosen, Buxkin-Hosen, Zwirn-Hosen, Engl. Lederhosen, Winterlodenkittel, Windjacken, Arbeitsmäntel, Drilch-Anzüge, Blaue Arbeitsanzüge sowie sämtl. Sorten **Schuhwaren** offeriert

Weintraub, Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Herzenswunsch!

Zwei anständige, liebenswürdige Herren wünschen mit zwei lebenslustigen, naturliebenden Damen im Alter von 17—18 Jahren in Verkehr zu treten. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen.

Angebote mit Bild, das sofort zurückgesandt wird, werden unter Nr. 21 an die Geschäftsstelle des „Enztälers" erbeten. Strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.

Stütze,

einfache, kinderlieb, im Haushalt, nähen, bügeln und mögl. auch im kochen etwas erfahren, bei hohem Lohn gesucht.

Frau Fabrikant **Dittler, Pforzheim**, Friedenstraße 53.

Birkenfeld.

Roßhaare

werden angekauft,

Schnitthaare

bis zu 1100 Mk. per Pfund.

Hauptstraße 22 I, links.

Ebhausen.

Zirka 30 Zentner

Heu und Oehmd

verkauft

Christ. Herter, Telefon 17.

Felle!

Zahle enorme Preise für Felle aller Art. **Stallhasen-Felle** nach Größe bis 150 M und mehr. Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschneiden.

E. Maischhofer,
Tierpräparation,
Pforzheim, Lindenstraße 25.

Bezirks-Verein für Bienenzucht Neuenbürg.

Bis auf weiteres beträgt der

Honigpreis

für das Pfund ohne Glas

3000.— Mark.

Der Vorstand.

Neuenbürg, den 28. Februar 1923.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme an dem Verluste unserer innigstgeliebten Gattin und Mutter

Marie Sailer, geb. Lehre,

für die Kranzspenden, sowie allen denen, die sie während ihrer langen Krankheit besucht und erquickt und zur letzten Ruhestätte begleitet haben, besonders dem Eisenbahnpersonal für das zahlreiche Geleite, sagt innigen Dank

im Namen der Hinterbliebenen:

Der Gatte: **Fr. Sailer**, Oberschaffner, **mit Kindern.**

Wir kaufen laufend

Alteisen, Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Lumpen, Papier, Wein- und Sektflaschen

zu den höchsten Tagespreisen.

Schwarzwälder Rohprodukten-Verwertung Unterreichenbach, O/A. Calw, Telefon 17.

Garantiert reines und frisches

Oelkuchen-Mehl

aller Art

unter heutigen Tagespreisen bei

Alfred Reclam, Nagold,

Fernsprecher 101. Hauptbahnhof.

Ordentliches

Mädchen

gesucht für 2 Personen und 2jährigem Kinde auf 1. oder 15. März.

Frau **Emil Sickinger, Pforzheim**, Durlacherstraße 64, IV.

Neuenbürg.

Rotkleesamen,

seidefrei, hat zu verkaufen

R. Schumacher.

H. M. Schumacher